

EXTRABLATT

Lesen, wie es
wirklich ist!

der Schweizerischen Volkspartei • www.svp.ch • Ausgabe September 2019



Das Erfolgsmodell Schweiz 3

**Interview
mit alt Bundesrat
Christoph Blocher**



Masseneinwanderung 6-7

**Arbeit muss sich
wieder lohnen!**



Kanton Schaffhausen 9-12

**Alles Wissenswerte
zu den National-
und Ständeratswahlen**



Für eine freie und sichere Schweiz

Unabhängigkeit, Wohlstand und persönliche Freiheit, aber auch Sicherheit müssen immer wieder neu erkämpft werden. Nur so können wir unsere schöne und einmalige Schweiz mit ihren Werten und Tugenden erhalten. Es ist naheliegend, dass viele am Wohlstand der Schweiz teilhaben wollen. Auch die zentralistische EU. Wer jedoch will, dass die Schweiz Schweiz bleibt, geht am 20. Oktober an die Urne und wählt SVP.

Die Konsequenzen der ungesteuerten Massen-
Zuwanderung von einer Million mehr Men-
schen in den letzten 13 Jahren sind für unsere
Bürgerinnen und Bürger täglich spürbar:
Staus auf den Strassen, herumlungende,
betrunkene und gewalttätige Asylsuchende
und jugendliche Migranten sowie verbaute
Grünflächen, steigende Gesundheits- und

Sozialhilfekosten. Respektlosigkeit und Ge-
waltandrohung gegenüber Polizisten, Lehre-
rinnen, Pflegefachfrauen, Sozialarbeiterinnen
und jungen Frauen im Ausgang sind an
der Tagesordnung. Verunsicherung wird aber
auch ausgelöst durch die Sorge um den Ar-
beitsplatz, den Lohn und die Zukunft unserer
Kinder.

Für eine sichere und freie Zukunft des Landes
braucht es deshalb mehr SVP in Parlament
und Bundesrat. Entsprechend wichtig sind die
National- und Ständeratswahlen 2019. Mit
dem Slogan «Frei und sicher» bringt die SVP
ihr Programm auf den Punkt: die Stärkung der
Identität der Willensnation Schweiz. Wir set-
zen uns für unsere Heimat ein. Wir halten

Wort und versprechen der Schweiz keine Un-
terwerfung unter die EU. Nur die SVP setzt
sich für die Steuerung der Zuwanderung ein
sowie für die Stärkung des arbeitenden Mittel-
stands durch tiefe Steuern, Abgaben und Ge-
bühren und weniger Vorschriften. Um dies zu
erreichen, muss die SVP die mit Abstand
stärkste Partei bleiben.

FÜR SCHAFFHAUSEN NACH BERN



Thomas Hurter, Liste 1 Hannes Germann, Ständerat Michael Mundt, Liste 1 Hansueli Graf, Liste 17 Josef Würms, Liste 17 Michael Kahler, Liste 11



Haben Sie Fragen zu den Wahlen?

Ab dem 13. September bis am
20. Oktober können Sie sich kostenlos
über die National- und Ständerats-
wahlen 2019 informieren.

**Gratis-Hotline:
0800 0 1291 0**

Täglich von 09.00 bis 18.00 Uhr
sind wir für Sie da.

**Fragen per Mail:
wahlen@svp.ch**

Kommentar

Sie entscheiden!

Bereitet Ihnen der Ausverkauf des Er-
folgsmodells Schweiz und unserer Hei-
mat Sorge? Haben Sie genug von der
grenzenlosen Einwanderung, von den
vielen Asylanten, die in der Schweiz nur
ein angenehmeres Leben suchen, oder
von der ausufernden Kriminalität? Die
Medien verschweigen, wie es wirklich ist.
Wahr ist, dass die unkontrollierte Zu-
wanderung unsere Gesellschaft drama-
tisch verändert. Integration ist kaum
mehr möglich. Spannungen zwischen Zu-
wanderern und Einheimischen
nehmen zu. In den Schulen ist es bei all den fremdsprachigen Schülern
schwierig, Lernziele zu erreichen.

Die SVP will das stoppen und die Zuwanderung beschränken. Alle anderen
Parteien und Verbände inklusive Gewerkschaften werden einer EU-Teil-



Albert Rösti
Präsident SVP Schweiz

Fortsetzung auf Seite 2



**Alles zu den National- und Ständeratswahlen im
Kanton Schaffhausen Seite 9-12**

Kommentar

Fortsetzung von Seite 1

mitgliedschaft der Schweiz zustimmen und damit unsere Unabhängigkeit und Selbstbestimmung aufgeben – auch bei der Zuwanderung.

Oder haben Sie genug, weil die in Bern sowieso machen, was sie wollen? Sie können das alles ändern. Sie können am 20. Oktober 2019 mit Ihrer Stimme dazu beitragen, dass sich die Mehrheitsverhältnisse verschieben und Ihre Anliegen in ausländer- und europapolitischen Fragen endlich umgesetzt werden.

Der 20. Oktober 2019 ist eine Richtungswahl. Dann entscheiden wir Schweizerinnen und Schweizer über die Zukunft unseres Landes – und das nicht nur für die nächsten vier Jahre. Sie entscheiden! Wenn Sie ein klares Zeichen gegen die masslose Zuwanderung setzen wollen, wenn Sie eine stärkere Anbindung der Schweiz an die EU wollen, wenn Sie wollen, dass die Schweiz ein selbstbestimmtes, sicheres und freies Land bleibt, dann wählen Sie am 20. Oktober SVP.

Albert Rösti

Albert Rösti,
Präsident SVP Schweiz



Was ist die wichtigste Herausforderung für die Schweiz in den nächsten Jahren?

Ueli Maurer: Wir hatten jetzt wirtschaftlich eine sehr gute Zeit. Da wird man etwas sorglos. Viele haben das Gefühl, es sei Geld für alles da. Das Gleiche gilt für die Regulierung. Wenn es gut läuft, glaubt man, man könne den Unternehmen beliebig Vorschriften machen und Lasten aufbürden. Die grosse Herausforderung ist, dieser Versuchung zu widerstehen. Wenn wir mit unserem Geld verantwortungsvoll

«Viele haben das Gefühl, es sei Geld für alles da.»

umgehen und unseren Leuten und Unternehmen nicht ständig neue Vorschriften machen, dann kommt es gut!

Guy Parmelin: Die Schweiz muss wirtschaftlich konkurrenzfähig bleiben, damit der Wohlstand der Bürgerinnen und Bürger erhalten bleibt.



Guy Parmelin

Vorsteher des Eidgenössischen Departements für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF)
Ehemaliger Landwirt und Winzer

Dazu müssen sich die Unternehmen jeglicher Grösse und Ausprägung entfalten können. Das heisst möglichst wenig administrative Belastungen und möglichst viel unternehmerischer Freiraum. Das bedeutet aber auch, Sorge zu tragen zu einer guten Berufsbildung, um für die stetigen Veränderungen im Arbeitsmarkt gerüstet zu sein.



Ueli Maurer

Bundespräsident, Vorsteher des Eidgenössischen Finanzdepartements (EFD)
Ehemaliger Geschäftsführer Zürcher Bauernverband

Sie kommen mit vielen Leuten in Kontakt, wo drückt der Schuh am meisten?

Ueli Maurer: Viele haben den Eindruck, dass sie langsam und schleichend ihre Heimat verlieren, dass sie im eigenen Land nicht mehr richtig zu Hause sind, dass in Frage gestellt wird, was ihnen wichtig ist. Und ich höre immer wieder: «Aber

denen in Bern ist das egal.» Das sorgt für Frustration; man fühlt sich ignoriert oder sogar als «Rassist» in die Extremisten-Ecke gestellt. Wir müssen wieder offen über Probleme reden können, sonst steht die Glaubwürdigkeit der Politik auf dem Spiel.

Guy Parmelin: Viele Menschen beklagen sich, dass ihnen, trotz enormen Anstrengungen im Beruf nicht mehr im Portemonnaie bleibt. Das relativ schwache Produktivitätswachstum und zusätzliche Belastungen, die das Leben verteuern, bereiten den Leuten Sorge. Hier müssen wir

«Zusätzliche Belastungen, die das Leben verteuern, bereiten den Leuten Sorge.»

ansetzen und bei unseren politischen Entscheiden vorab die Lebensqualität der Menschen im Auge behalten.

Frei und sicher.

SVP wählen!



www.svp.ch

Impressum:

EXTRABLATT | EXTRABLATT ist eine Publikation der Schweizerischen Volkspartei SVP | Auflage: 3'059'604 | Herausgeber und Redaktion: SVP Schweiz, Generalsekretariat | Postfach | 3001 Bern | Tel.: 031 300 58 58 | Fax: 031 300 58 59 | info@svp.ch | www.svp.ch | Gestaltung und Grafiken: GOAL AG für Werbung und Public Relations | Bildquellen: iStockphoto, Shutterstock, www.admin.ch, www.parlament.ch, SVP Schweiz | Druckerei: DZZ Druckzentrum Zürich AG.

Achtung: Bei dieser Zeitung handelt es sich weder um Werbung noch um Reklame, sondern um eine politische Information. Darum darf sie auch in jene Briefkästen verteilt werden, auf denen sich ein Stopp-Kleber befindet. Wir danken für Ihr Verständnis.

Freiheit und Sicherheit statt Gleichmacherei und Umverteilung

Von Thomas Aeschi, Nationalrat und Fraktionspräsident, Baar (ZG)

Wofür steht die Schweizerische Volkspartei? Für eine Schweiz in Sicherheit und Freiheit. Für eine selbstbestimmte, unabhängige und neutrale Schweiz mit einer gelebten direkten Demokratie und einem ausgeprägten Föderalismus. Für eine Schweiz, in welcher jeder Bürger eigenverantwortlich handelt und einen Staat möglichst wenig beansprucht. Für eine Schweiz mit starkem Mittelstand, der tagtäglich zur Arbeit fährt und seine Kinder selbst erzieht.



Doch was wollen die Sozialisten aller Parteien? Sie wollen einen noch grösseren und noch mächtigeren Staatsapparat, in dem die Beamten in Bern – es sind heute schon mehr als 35'000 – dem Bürger vorschreiben, wie er sein Leben zu gestalten hat. Und in dem Steuern, Abgaben und Gebühren immer noch weiter wachsen müssen, um für den immer noch grösseren Staatshaushalt aufzukommen. Sie wollen immer noch mehr Gleichmacherei und Umverteilung – dies auf Kosten des arbeitenden und steuerzahlenden Mittelstandes.

Das will die SVP nicht. Wir wollen, dass auch künftige Generationen in einer freien und selbstbestimmten Schweiz in Frieden und Wohlstand leben dürfen.

Bald noch weniger im Portemonnaie?

Hier erfahren Sie, wie der rot-grüne Raubzug auf Ihr Geld konkret aussieht:



Höhere Benzinpreise: **Zusätzlich 12 Rappen pro Liter!**

Aufs Jahr hochgerechnet macht dieser Preisaufschlag für einen Familien- und Pendlerhaushalt bei 20'000 km im Jahr und einem Verbrauch von ca. 9 Liter/100 km rund Fr. 270.– aus.

plus Fr. 270.–



Zusätzliche CO₂-Abgaben für Heizöl: Die Umweltkommission des Ständerates hat beschlossen, die Öko-Abgabe pro Tonne CO₂ auf Fr. 210.– oder von 25 Rappen **auf 54 Rappen pro Liter Heizöl zu verdoppeln!** Das ergibt für einen Haushalt in einer Mietwohnung von 100 m² und einem durchschnittlichen Verbrauch von 21 l/m²/Jahr einen Zuschlag von Fr. 1'134.–.

plus Fr. 1'134.–



Flugticketabgabe von 30 bis 120 Franken pro Flug:

Beispielflug nach London für eine vierköpfige Familie statt Fr. 400.– **neu Fr. 600.– bis 800.–!**

plus Fr. 400.–



Verbot von Ölheizungen: Die Umweltkommission des Ständerates hat beschlossen, dass bestehende Bauten nur noch massiv weniger Emissionen ausstossen dürfen. Das lässt sich praktisch nur mit einem Verbot von Ölheizungen erreichen. Die auf die Mieter abgewälzten Umrüstungskosten betragen im Durchschnitt **Fr. 1'128.–!**

plus Fr. 1'128.–



«Das Erfolgsmodell der Schweiz heisst Weltoffenheit in Selbstbestimmung»

EU-Rahmenvertrag – Personenfreizügigkeit – Zukunft der Schweiz – Bedeutung der Nationalratswahlen – Greta Thunberg. EXTRABLATT sprach mit alt Bundesrat Christoph Blocher über die aktuellen Herausforderungen der Schweiz.

Warum geht es der Schweiz wirtschaftlich besser als anderen Ländern?

Weil die Schweiz einen Vorsprung an Freiheit, Sicherheit und Selbstverantwortung hat. Ihr Erfolgsmodell heisst Weltoffenheit in Selbstbestimmung. Darum ist die Schweiz nicht Mitglied der EU. Dieses Erfolgsmodell soll jetzt unterwandert oder sogar zerstört werden. Ich bin sehr besorgt!

Die Wirtschaft läuft und läuft, die Menschen haben Arbeit... und Sie sorgen sich um die Schweiz?

Menschen, Unternehmen und Länder ruinieren sich in guten Zeiten.

Die Schweiz exportiert doch viel ins Ausland. Muss sie da nicht globalisierter werden, sich der EU anpassen?

Swatch-Chef Nick Hayek sagt es am deutlichsten: Die Schweiz müsse sich sicher nicht den Rahmenbedingungen

weder den Vertrag nicht gelesen oder verfolgt rücksichtslos eigene Geld- und Machtinteressen auf Kosten unseres Landes und unserer Wohlfahrt.

Nicht nur die Wirtschaftsverbände, auch Universitäten und Studenten sind für einen Rahmenvertrag.

Ja, ja. Diese wollten uns schon 1992 in die EU treiben. Jugendliche Visionsfreude in Ehren, aber Erfahrung und Vernunft zeigen hier einen anderen Weg. Das Volk hat zum Glück schon 1992 Nein zum EU-Beitritt gesagt.

Aber der Bundesrat sagt, ohne einen Rahmenvertrag werden wir in der EU diskriminiert werden.

Das ist dummes Zeug. Damit droht man uns seit 30 Jahren. Die EU exportiert mehr in die Schweiz als die Schweiz in die EU. Einen derart guten Kunden diskriminiert keiner.

Kann sich die Schweiz dem überhaupt entziehen?

Sicher. Wenn die Schweiz will und es klar zum Ausdruck bringt, ist das einfach! Die Schweiz hat schon viel härtere Zeiten überstanden, ohne sich aufzugeben.

Wie soll es mit der Schweiz ohne dieses Abkommen weitergehen?

Ganz einfach: Wie bisher den bewährten schweizerischen Weg gehen. Weltoffen sein – aber die Staatssäulen nicht preisgeben. Die schlechten Tage stehen bereits vor der Tür. Die Geschichte zeigt: Wir werden diese am besten überstehen, wenn wir uns treu bleiben!

Mit der Begrenzungsinitiative will die SVP die Personenfreizügigkeit beenden – die Gegner sagen, das schade der Wirtschaft.

Diese Initiative will endlich die exzessive Zuwanderung begrenzen. Die Zuwanderung soll eigenständig gesteuert werden, so wie es das Schweizer Volk und die Kantone beschlossen haben. Die rücksichtslose Classe politique hat



Schweiz dank der unbeschränkten Personenfreizügigkeit und der verantwortungslosen Asylpolitik – sogar bei guter Wirtschaftslage – eine höhere Arbeitslosenquote als Deutschland! Jetzt wackelt die gute Wirtschaftssituation. Müssen wir warten, bis die Schweiz in der Arbeitslosigkeit versinkt? Ich finde, nein, wir sollten endlich handeln.

laissez aller» herrscht in der Asylpolitik. Die Bevölkerungszunahme der Schweiz seit 2007 beträgt eine Million mehr! Vom Dichtestress und der extensiven Bautätigkeit nicht zu reden!

Warum ist es so wichtig, dass die SVP die Wahlen gewinnt?

Wenn die SVP verliert, hat sie im Parlament weniger Sitze und damit wäre das Bollwerk gegen all den Unsinn, der in Bundesbern gegen unsere Freiheit und Sicherheit beschlossen wird, geschwächt. Dann werden in Bundesbern noch mehr Bürokratie, noch mehr Steuern, Abgaben und Gebühren und Verbote beschlossen. Das heisst: Den Menschen in der Schweiz wird es schlechter gehen – vor allem dem Mittelstand.

« Soll die EU bestimmen, dass jeder Einwanderer ein Anrecht auf die volle Sozialhilfe hat? »

Die Schwedin Greta Thunberg ist etwa im Alter Ihrer Enkel – was würden Sie der jungen Klimaaktivistin sagen, wenn Sie ihr begegneten?

«Guten Tag Frau Thunberg, schön, dass Sie sich für ein gutes Klima einsetzen. Sorgen wir für gute Luft, gesundes Wasser, gesunde Böden, aber ohne kopflose, sehr kostspielige, unverhältnismässige Massnahmen, die erst noch nichts nützen. Denn diese werden dazu führen, dass die Menschen sowohl Freiheit und Sicherheit verlieren und dabei verarmen!»



der EU anpassen. Die EU solle sich denen der Schweiz annähern. Das stimmt: Wir haben objektiv die besseren Rahmenbedingungen.

Aber mit dem Rahmenvertrag müssten wir ja nicht der EU beitreten, sondern nur an die EU andocken.

Der Rahmenvertrag will, dass die EU für die Schweiz die Gesetze erlässt – auch gegen den Willen der Schweizer Bürger. Wie weit müssen Politiker gesunken sein, die einen solchen Unterwerfungsvertrag wollen? Mit Ausnahme der SVP wollen dies alle anderen Parteien!

Und Wirtschaftsverbände, auch Manager, wollen den Vertrag unterzeichnen.

Ja, leider! Obwohl sie wissen, dass dieser Rahmenvertrag die Schweiz in die EU führt. Nein, wer einen solchen Vertrag unterzeichnen will, hat ent-

Sehen Sie das nicht alles zu schwarz?

Nein, mit diesem Unterwerfungsvertrag würde die EU nicht nur für die Schweiz die Gesetze machen. Im Streitfall würde auch der EU-Gerichtshof entscheiden. Wir Schweizer müssten uns zu fremdem Recht und zu fremden Richtern verpflichten. Wollen wir wirklich – auch gegen unseren Willen – dass beispielsweise unsere Verkehrs-

politik durch die EU bestimmt wird? Soll die EU unsere Landwirtschaftspolitik bestimmen? Oder darüber, dass jeder Einwanderer ein Anrecht auf die volle Sozialhilfe hat? Soll die EU bestimmen, wie wir unsere Kantonalbanken organisieren? Oder unsere Steuern? Wie viele Milliarden sollen wir – auch gegen unseren Willen – an die EU zahlen?

« Wie weit müssen Politiker gesunken sein, die einen solchen Unterwerfungsvertrag wollen? »



den Verfassungsauftrag jedoch machtbefoffen missachtet und sogar ins Gegenteil verkehrt. Die EU hat sich bisher geweigert, zu verhandeln. Das verlangt nun die Begrenzungsinitiative. Nur wenn die EU nicht Hand bietet, muss die Kündigung der Personenfreizügigkeit in Kauf genommen werden. Das schadet der Wirtschaft nicht. Die Berufsleute, die man in der Schweiz braucht, werden weiterhin kommen, das gilt auch für Grenzgänger. Da können wir von der Wirtschaft beruhigt sein!

Nicht mehr möglich sein soll dagegen all die missbräuchliche Zuwanderung, die zu Erwerbslosen und horrenden Sozialkosten führt. Schon heute hat die

Aber die Schweiz braucht doch Fachkräfte aus dem Ausland – wie soll dies ohne Personenfreizügigkeit geregelt werden?

Wenn man die Fachkräfte in der Schweiz nicht findet, dann können sie kommen. Kurzarbeiter sind für eine beschränkte Zeit zugelassen. Das hat die Schweiz von 1971 bis 2007 mit grossem Erfolg getan. Dann hat die EU der Schweiz die Personenfreizügigkeit aufs Auge gedrückt. Man versprach den Schweizern, dass nicht mehr als 8'000 bis 10'000 Einwanderer pro Jahr kämen. Es kamen jedoch netto über 65'000 pro Jahr, und die Sozialkosten explodierten. Das selbe «laissez faire –

Christoph Blocher – kurz & bündig

Geboren: 11. Oktober 1940 in Zürich, aufgewachsen in Laufen am Rheinfluss – **Heimatort:** Meilen/ZH und Schattenhalb/BE, Ehrenbürger von Lü im Val Müstair – **Wohnort:** Herrliberg/ZH, verheiratet, 4 Kinder, 12 Enkelkinder – **Ausbildung:** 2 Jahre landwirtschaftliche Lehre in Ossingen/ZH, Jus-Studium in Zürich, Montpellier und Paris, Promotion zum Doktor beider Rechte – **Berufliche Karriere:** Eintritt in die Rechtsabteilung der EMS-Chemie nach Abschluss des Studiums, Direktionsvorsitzender der EMS-Chemie AG (ehemals Emser Werke), Übernahme der Aktienmehrheit der EMS-Chemie Holding AG, Präsident und Delegierter des Verwaltungsrates der EMS-Chemie Holding AG, Medienunternehmer – **Militärische Laufbahn:** Oberst, ehemaliger Kdt Ls Rgt 41 – **Politischer Werdegang:** Mitbegründer des «Studentenrings» an der Universität Zürich, Mitglied des Gemeinderates Meilen, Kantonsrat, Präsident der SVP des Kantons Zürich, Nationalrat, Präsident der Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (AUNS), Bundesrat und Vorsteher des Eidg. Justiz- und Polizeidepartementes, Präsident des Komitees gegen den schleichenden EU-Beitritt, 2018 Rücktritt von allen politischen Mandaten

Stoppt die EU-Trickser im Bundeshaus

Von Nationalrat und Ständeratskandidat Roger Köppel, Chefredaktor und Herausgeber der Weltwoche

Im Mikado-Spiel hat verloren, wer seine Stäbe als Erster bewegt. Im Kampf um den EU-Anbindungsvertrag hat offenbar verloren, wer sich vor den eidgenössischen Wahlen vom 20. Oktober festlegt. Das Thema wird von jenen Parteien, die das EU-Diktat wollen, grossräumig umgangen.



Sie alle wollen am liebsten überhaupt nicht davon reden. Doch sie stecken alle unter einer Decke: Economie-suisse, Arbeitgeberverband, FDP, CVP,

Grünliberale, Grüne und SP. Selbst die Gewerkschaften werden – geködert mit einigen Zugeständnissen zum Schaden des freien Arbeitsmarktes – Ende Jahr ins befürwortende Lager wechseln.

Erfolgsmodell Schweiz gefährdet

Die Schweiz ist ein ursprünglich mausarmes Land. Nur dank ihrer Staatssäulen wurde der einzigartige Erfolg im Hinblick auf Wohlstand, Frieden und sozialen Ausgleich möglich. Die Säulen dieses Erfolgs heissen direkte Demokratie, Föderalismus

und bewaffnete Neutralität. All dies wäre durch den Anbindungsvertrag mit der EU gefährdet. Die EU könnte bei der Personenfreizügigkeit, den Landwirtschafts- und Industrienormen, bei der Energieversorgung, ja selbst bei den Nord-Süd-Verkehrsachsen ihre Regeln durchsetzen.

Volksentscheide ade

Die Bürger als Chefs wären zur Seite geschoben. An ihre Stelle treten das EU-Recht und das EU-Gericht. Man wird uns vorgaukeln, wir dürften ja immer noch abstimmen, müssten einfach die «Ausgleichsmassnahmen» von Brüssel in Kauf nehmen. Das ist so zynisch, wie wenn den Auto-

Ausweisenzug, Gefängnisstrafe und fünfstelliger Busse tragen.»

«Die EU-Anbindungs-koalition scheut das Tageslicht.»

fahrern gesagt würde: «Ihr seid völlig frei, mit 180 Kilometern pro Stunde durch eine 30er-Zone zu rasen. Ihr müsst einfach die Ausgleichsmassnahmen von sofortigem, ewigem

Über all das müsste man eigentlich vor den Wahlen reden. Doch die EU-Anbindungskoalition scheut das Tageslicht. Sie wollen das Volk und die Kantone nach dem 20. Oktober überrumpeln. Lassen Sie sich dieses Täuschen und Tricksen nicht gefallen! Wählen Sie nur Volksvertreter, die zu unseren bewährten Staatssäulen stehen!

Wie ein Match Schweiz-Deutschland, bei dem Deutschland die Regeln macht

Von Nationalrat Thomas Matter, Unternehmer

Was der EU als sogenanntes Rahmenabkommen mit der Schweiz vorschwebt, ist nichts anderes als ein Unterwerfungsvertrag – zum einseitigen Nutzen der EU. Kein anderer Staat dieser Welt würde so etwas eingehen.



Seit 700 Jahren kennt die Schweiz bilaterale Verträge. Das etwas hochtrabende Wort «bilateral» heisst ganz einfach: «zweiseitig», «zwei Seiten betreffend». Es handelt sich dabei um Abkommen mit allen Ländern, abgeschlossen zum gegenseitigen Nutzen beider Partner – auf Augenhöhe, zwischen zwei Gleichberechtigten. Das ist das Selbstverständlichste der Welt. Allein mit der EU kennt die Schweiz über 150 bilaterale Verträge.

Doch im Jahr 2008 teilte die EU der Schweiz erstmals unmissverständlich mit, dass sie diese Art von bilateralen Verträgen nicht mehr will. Brüssel verlangt statt der Rechtsentwicklung zwischen Gleichberechtigten neu einen «Rahmen» für alle bisherigen und sämtliche künftigen Abkommen, wonach die Schweiz die von der EU vorgegebenen Änderungen übernehmen muss. Das Resultat entsprechender

mehrjähriger Verhandlungen ist das jetzt vorliegende institutionelle Abkommen.

EU-Abkommen entmacht die Schweizer Bürgerinnen und Bürger

Dieses Abkommen wäre das Ende, nicht die Fortsetzung des bilateralen Weges. Volk, Kantone und Parlament hätten in den wichtigsten Fragen unseres Landes nichts mehr zu sagen. Die Schweizer Bürgerinnen und Bürger wären als oberste Gesetzgeber in zentralen Teilen unserer Wirtschafts-, Sozial- und Aussenpolitik entmacht. Wir müssten automatisch fremdes Recht übernehmen, fremde Richter akzeptieren, und bei missliebigen Abstimmungen dürfte uns die EU ganz legal bestrafen.

Es wäre wie ein Fussballspiel zwischen der Schweiz und Deutschland, bei dem die Deutschen die Regeln machen, diese während des Spiels einseitig ändern, den Schiedsrichter stellen und unsere Mannschaft erst noch ganz legal ins Schienbein treten dürften. Ich kenne unter den

«Dieses Abkommen wäre das Ende, nicht die Fortsetzung des bilateralen Weges.»

194 Staaten dieser Welt keinen einzigen, der sich durch einen ähnlichen «monolateralen» Unterwerfungsvertrag derart auf Gedeih und Verderben an ein anderes Staatsgebilde gebunden hat.



Der EU-Rahmenvertrag – Ein aufgezwungenes Korsett

Von Nationalrätin Magdalena Martullo-Blocher, Unternehmerin

Das vom Bundesrat mit der EU ausgehandelte Rahmenabkommen sei angeblich für die Schweiz massgeschneidert, sagen die, die es ausgehandelt haben. Das Gegenteil ist der Fall: Dieser Vertrag würde uns in jeder Hinsicht die Luft abschnüren.



Das vom Bundesrat präsentierte institutionelle Abkommen mit der EU (InstA) passt uns nicht. Es ist gar nicht «massgeschneidert». Diese EU-Schneider haben kein einziges Mal

Mass genommen an uns Schweizern ... Der Vertrag ist vielmehr ein Korsett, das uns übergestülpt und aufgezwungen wird! Es zwingt uns in europäische Regelungen, welche nicht zu unserem Alltag, unserem Leben oder unseren Werten passen. Wir verpflichten uns, EU-Recht zu übernehmen; wenn wir anders abstimmen, werden wir bestraft. Fremde Richter am Europäischen Gerichtshof entscheiden. Das Schiedsgericht hat nichts zu sagen.

«Mit dem vorliegenden Vertrag wird die Personenfreizügigkeit massiv ausgeweitet.»

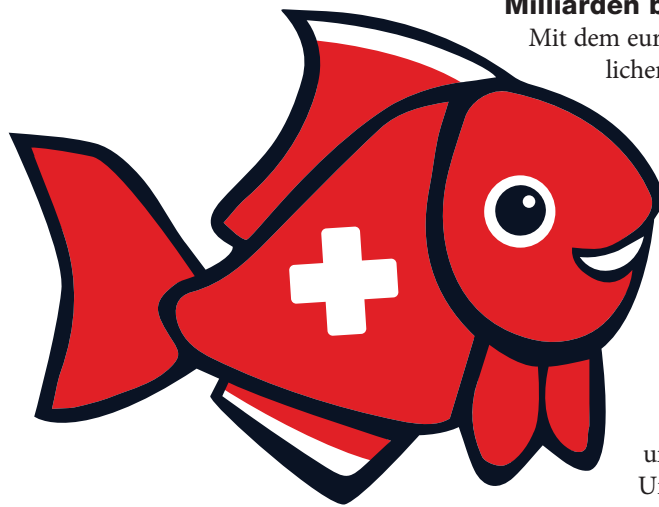
Noch einfacher einwandern

Mit dem vorliegenden Vertrag wird die Personenfreizügigkeit massiv ausgeweitet, Aufenthaltsrecht und Familiennachzug werden noch stärker vereinfacht. Die Masseneinwanderung wird zunehmen und die Wohnungsknappheit, steigende Mieten, überfüllte Strassen und Züge auch. Unsere Sozialwerke werden zu höheren Lohnabzügen und niedrigeren Leistungen gezwungen. Die langjährige Sozialpartnerschaft wird ersetzt.

gungende Mieten, überfüllte Strassen und Züge auch. Unsere Sozialwerke werden zu höheren Lohnabzügen und niedrigeren Leistungen gezwungen. Die langjährige Sozialpartnerschaft wird ersetzt.

Milliarden bezahlen

Mit dem europäischen Verbot staatlicher Beihilfen dürfen sich Kantone und Gemeinden nicht mehr wirtschaftlich engagieren ohne Genehmigung der EU. Das trifft die kantonalen Steuersysteme: Anreize für Ansiedlungen, Wirtschaftshilfen, Steuervergünstigungen und regionalpolitische Unterstützungen in den Kantonen sind dann nicht mehr möglich. Eine europäische Mehrwertsteuer



Jetzt für die Freiheit, Unabhängigkeit und Selbstständigkeit der Schweiz eintreten.

Der Kampf gegen das sogenannte **EU-Rahmenabkommen**, den geplanten **Unterwerfungsvertrag**, führt das überparteiliche Komitee «EU NO». Das Komitee gegen den schleichenden EU-Beitritt besteht aus zahlreichen namhaften Persönlichkeiten aus der ganzen Schweiz. Präsiert wird das Komitee von Nationalrat und Weltwoche-Herausgeber Roger Köppel. Werden auch Sie noch heute Mitglied auf www.eu-no.ch oder füllen Sie den **Beitrittstalon auf Seite 8** aus.

Werden Sie Mitglied im überparteilichen Komitee «EU NO»!



Die Nettozuwanderung ist 2018 mit über 50'000 Personen – das ist einmal die Stadt Biel – immer noch sechsmal höher als der Bundesrat der Bevölkerung bei der Abstimmung zur Personenfreizügigkeit weismachen wollte.

Mehr Geld für die AHV statt fürs Ausland

Von Nationalrat Marcel Dettling, Landwirt

Der Bund gibt immer mehr für das Ausland aus. Das will die SVP ändern und für die Schweizer die AHV-Renten sichern. Von den jährlich gegen 5 Milliarden Franken, die allein der Bund für die Asyl- und die Entwicklungshilfe ausgibt, soll mindestens eine Milliarde Franken pro Jahr in die AHV umgelagert werden. Ebenfalls ist die Kohäsionsmilliarde in die AHV statt an die EU zu zahlen.

Der vom Volk verlangte Inländervorrang wurde von einer SP-FDP-Allianz in einen Ausländervorrang verkehrt. Dabei ist die Erwerbslosigkeit in der Schweiz mit 4,8 Prozent höher als in Deutschland. Die Zuwanderung kostet die Schweiz Unsummen an Sozialbeiträgen, Integrationskosten und für den Ausbau der Infrastruktur. Gleichzeitig zahlt der Bund jährlich die riesige Summe von gegen 5 Milliarden Franken für das Asylwesen und die Entwicklungshilfe. Das ist mehr, als die Schweiz für die eigene Sicherheit ausgibt, und sogar fast zweimal das, was die Schweizer Landwirtschaft kostet. Dazu kommt noch die geplante Kohäsionsmilliarde für die EU. Die Schweiz leistet immer mehr für das Ausland

und für die Versorgung von Sozialmigranten aus aller Welt. Das ist inakzeptabel, und Gegenmassnahmen sind zwingend. Die Begrenzungsinitiative der SVP sorgt dafür, dass die Schweiz die Zuwanderung endlich entsprechend dem Volkswillen selber steuern kann. Es braucht aber auch neue Prioritäten bei der Verwendung der Bundesgelder. Von der Entwicklungs- und Asylhilfe soll mindestens eine Milliarde Franken pro Jahr in die AHV umgelagert werden. Ebenso sollen die 1,3 Milliarden Franken nicht an die EU bezahlt werden. Vielmehr soll das Geld den Menschen in der Schweiz zugutekommen – zur Sicherung der AHV-Renten des hart arbeitenden Mittelstandes.

Institutionelles Abkommen – Lesen Sie, was die EU wirklich will

Dieses Abkommen, auch EU-Rahmenvertrag genannt, ist auf dem Tisch. Alle – ausser der SVP – wollen es. Aber niemand – ausser der SVP – möchte vor den Nationalratswahlen am 20. Oktober darüber reden. Verständlich! Denn, wer den Rahmenvertrag im Wortlaut liest, merkt schnell: Der sogenannte Rahmenvertrag ist ein Unterwerfungsvertrag, der das Ende der direkten Demokratie sowie der Unabhängigkeit, der Freiheit und Selbstständigkeit der Schweiz bedeutet. CVP, BDP, FDP, Grüne, Grünliberale und SP sind bereit, unser Land zu verkaufen.

Lesen Sie selbst auf: www.eu-no.ch

(Klicken Sie in der Menüliste der Internetseite www.eu-no.ch auf «Kommentiertes Insta»)

Arbeit muss sich wieder lohnen

Von Nationalrätin Sandra Sollberger, Malermeisterin

Einst als Überbrückungshilfe in Notlagen gedacht, ist die Sozialhilfe heute für bestimmte Bevölkerungsgruppen, etwa für Personen aus dem Asylbereich, längst zum bedingungslosen Grundeinkommen geworden. Eine fatale Fehlentwicklung, die Arbeit unattraktiv macht und die die Schweizer Steuerzahler Milliarden kostet.



Wenn die Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) verkündet, Kürzungen in der Sozialhilfe seien unmöglich und unmenschlich, dann ist das reine Sozialarbeiter-Propaganda. Gemäss SKOS-Richtlinien erhält ein Ein-

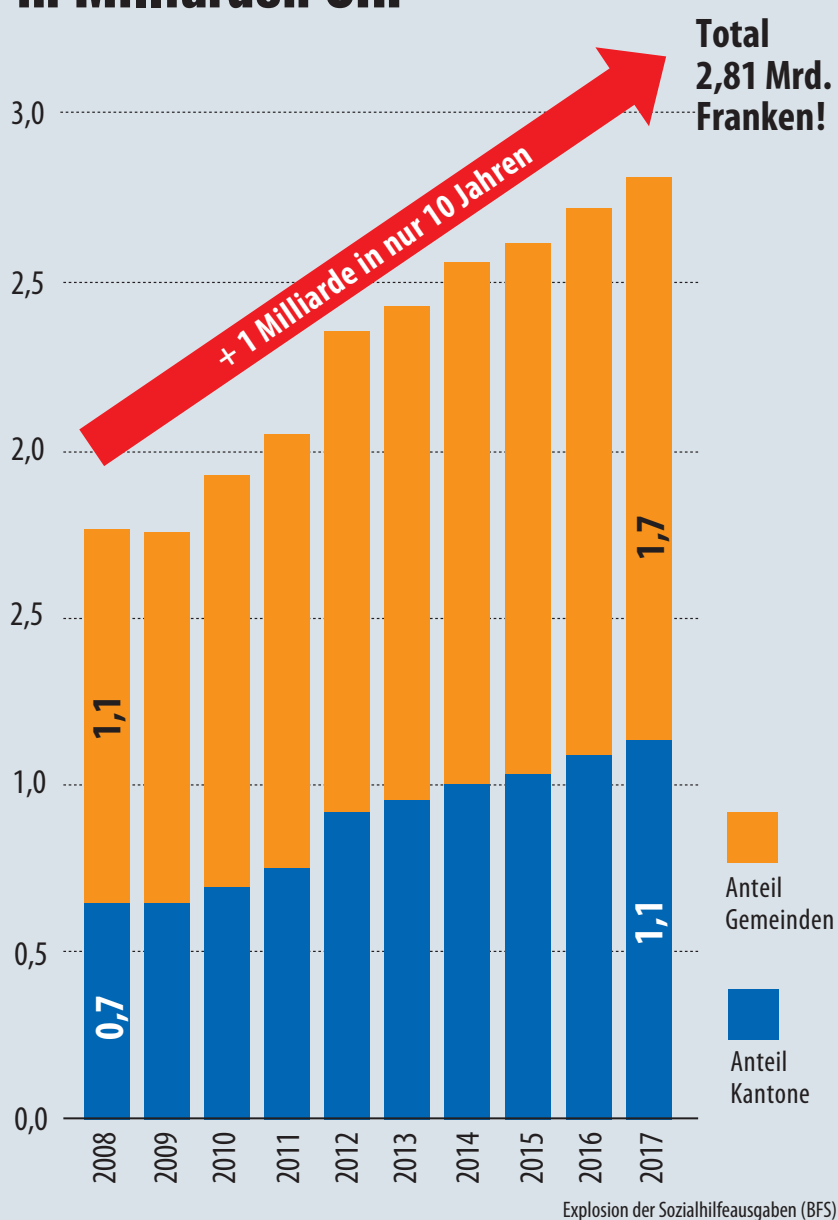
personenhaushalt einen monatlichen Bargeld-Grundbedarf von 986 Franken, ein Vier-Personen-Haushalt erhält 2'110 Franken. Wie die Betroffenen dieses Geld ausgeben, steht ihnen frei.

Denn anders als die SKOS dies suggeriert, ist der Grundbedarf bei Weitem nicht alles, was Sozialhilfebezüger bekommen. So kommt beispielsweise eine vierköpfige Familie mit Miete, Krankenkassenprämien (KVG) und sogenannten situationsbedingten Leistungen (zum Beispiel Zahnarzt, Dentalhygiene, Kinderkrippe, Schulmaterial, ÖV-Abos etc.) auf Leistungen von monatlich über 5'000 Franken. Dies notabene steuerfrei.

Wer den Unterhalt seiner Familie mit bezahlter Arbeit bestreiten will, der muss deutlich mehr verdienen, als er von der Sozialhilfe als steuerfreie Nettoleistung bekommt. Denn sonst lohnt sich Arbeit nicht. Es ist allerdings illusorisch, zu glauben, dass jemand mit ungenügender Ausbildung und ohne Arbeitserfahrung monatlich mehr als 6'000 Franken verdient.

Deshalb braucht es nicht mehr Geld für die Sozialhilfe, sondern mehr Anreize, zu arbeiten. Die Fleissigen und Motivierten sollen belohnt werden. Die Integrationsunwilligen und die Faulen hingegen sollen nur noch ein Minimum an Unterstützung erhalten. Öffentliche Sozialhilfe ist verbunden mit einer generellen Arbeitspflicht.

Kostenexplosion in der Sozialhilfe in Milliarden CHF



Kämpfen Sie mit uns für mehr Sicherheit

Von Nationalrat Walter Wobmann, Präsident Egerkinger Komitee



Die Volksinitiative «Ja zum Verhüllungsverbot» erhöht die Sicherheit. Sie setzt Saubannerzügen vermummter Vandalen und Chaoten, wie sie an Sportanlässen, Demonstrationen oder im Gefolge der 1.-Mai-Umzüge regelmässig vorkommen, endlich ein Ende.

Zudem schützt ein Verhüllungsverbot die in der Schweiz verbrieften Freiheitsrechte der Frauen. Dass Frauen ebenso wie Männer in der

Öffentlichkeit ihr Angesicht jederzeit zeigen, ist auch ein Gebot elementarer Gleichberechtigung. Die Schweiz ist der Tradition der Freiheit verpflichtet. Freie Menschen – Frauen und Männer – blicken einander ins Gesicht, wenn sie miteinander sprechen. Niemand darf gezwungen werden, sein Gesicht zu verhüllen. Die Initiative wird im nächsten Jahr zur Abstimmung kommen. Wir zählen auf Ihre Unterstützung.



Frei und sicher.



www.svp.ch

SVP wählen!





Was will die Begrenzungs-Initiative der SVP?

Die Begrenzungsinitiative will eine massvolle und eigenständige Steuerung der Zuwanderung. Sie kommt voraussichtlich im Mai 2020 zur Abstimmung. Seit der Einführung der Personenfreizügigkeit im Jahr 2002 sind netto 1,1 Millionen Menschen in die Schweiz eingewandert. Und noch immer kommen jährlich 60'000 bis 80'000 Zuwanderer hinzu.

Dies mit weitreichenden Folgen für unser Land. Die Befürworter der Personenfreizügigkeit behaupten, diese sei zentral für die Wirtschaft. Das stimmt nur dann, wenn man die Wirtschaft isoliert betrachtet und die übrigen Kosten ausser Acht lässt – bei-

spielsweise für die Sozialwerke, die Bildung, das Gesundheitswesen oder die Sicherheit. Und wenn man zudem darüber hinwegsieht, dass die Personenfreizügigkeit vor allem über 50-jährige Arbeitnehmer massiv unter Druck setzt, weil sie leicht durch jüngere und billigere Ausländer ersetzt werden können. Ein Problem, das der Bundesrat mit einem neuen Sozialwerk «Überbrückungsrente» lösen will.

Das Bedürfnis der Wirtschaft nach qualifizierten Arbeitskräften kann auch einseitig, aber kontrolliert von der Schweiz erfüllt werden. D.h. ohne Freizügigkeitsabkommen, aber ent-

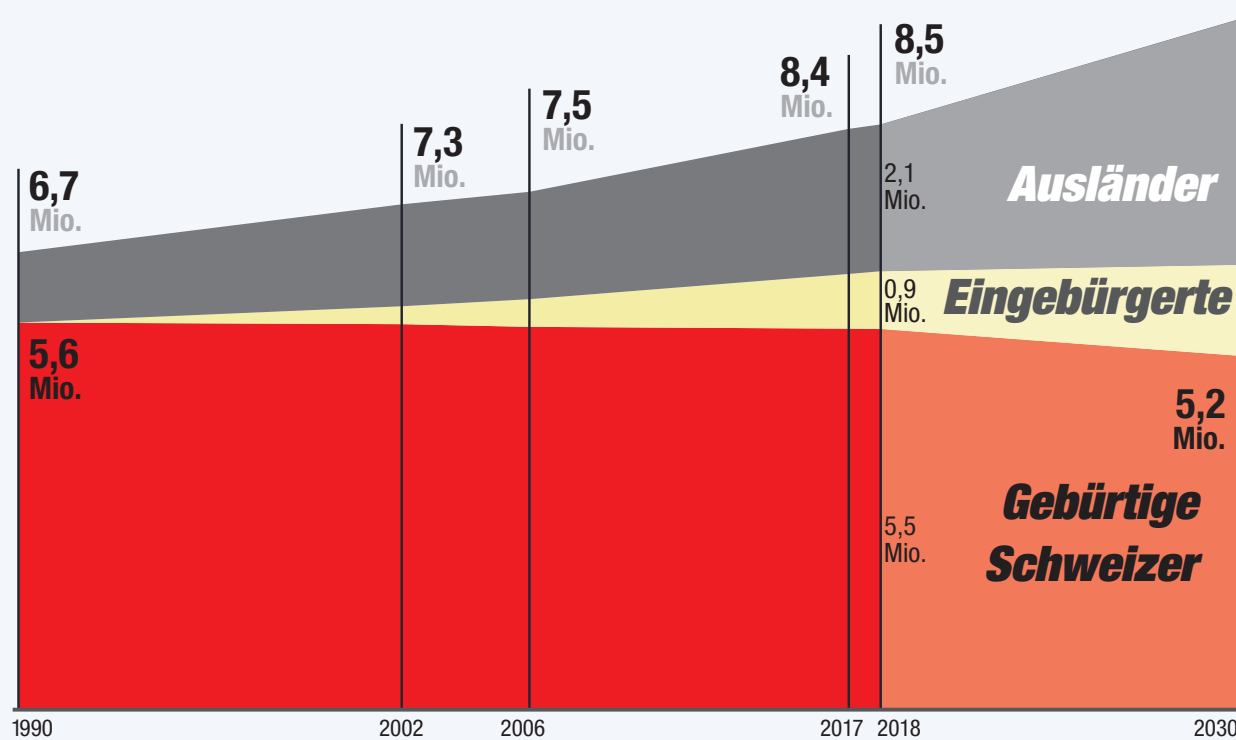
sprechend unserer Verfassung unter Berücksichtigung der gesamtwirtschaftlichen Situation und mit einem Inländervorrang, der die älteren Arbeitnehmer wirksam schützt.

Die Haltung der SVP ist klar: Diese gravierenden und teuren Folgen der Zuwanderung kann die Schweiz nur mit der eigenständigen Steuerung der Zuwanderung in den Griff bekommen. Dies ist heute wegen der Personenfreizügigkeit jedoch nicht möglich: Denn mit dem Personenfreizügigkeitsabkommen zwischen der Schweiz und der EU haben 500 Millionen EU-Bürger einen Rechtsanspruch auf Zuwanderung in die Schweiz.

www.begrenzungsinitiative.ch

Schon bald 10-Millionen-Schweiz?

10 Mio.



Immer mehr Einwanderung sorgt für Bevölkerungsexplosion.

Quelle: BFS, Entwicklung ständige Wohnbevölkerung in der Schweiz plus eigene Hochrechnung. Einbürgerungen pro Jahr ab 1990 kumuliert.

Meinung

Die Zerstörung des Erfolgsmodells Schweiz?

Christoffel Brändli über Zuwanderung und Umweltpolitik

In den letzten dreizehn Jahren hat die Bevölkerung der Schweiz durch die Zuwanderung um mehr als 1 Million Einwohner zugenommen. Mit Ausnahme der SVP wollen alle anderen Parteien weiterhin eine von der EU bestimmte Zuwanderung und gehen von einem Wachstum unserer Bevölkerung auf 10 Millionen aus.

Offenbar will man aus kurzfristigen Geschäftsinteressen diese Entwicklung und blendet deren Auswirkungen «grosszügig» aus. In der Tat laufen wir Gefahr, die Qualitäten unseres Wohlfahrtsstaates aufzugeben. Warum?

Das Bevölkerungswachstum sowie die wachsenden Bedürfnisse bedingen die Bereitstellung von 20-30% mehr Wohnraum. Das bedeutet entsprechenden Landverschleiss oder bei konzentrierter Bauweise die Entwicklung von Slums in unseren Agglomerationen. Bereits heute nehmen wir diese Entwicklung wahr ohne darauf zu reagieren. Haben Sie einmal überlegt, was es beispielsweise für die Stadt Chur bedeuten würde, 30% mehr Wohnungen zur Verfügung stellen zu müssen? Wo sind die Grünliberalen, die sich kürzlich noch für die Schonung unserer Kulturlandschaft stark machten?

Dabei ist nicht nur der Wohnraum das Problem. Ein bis zwei Millionen mehr Menschen belasten unsere bereits heute überforderten Verkehrsinfrastrukturen zusätzlich. Ein bis zwei Millionen mehr Menschen bedeuten mindestens 500'000 zusätzliche Autos oder einen nicht finanzierbaren Ausbau des öffentlichen Verkehrs.

Unsere Sozialeinrichtungen (AHV, Fürsorge, Krankenversicherung und andere mehr) werden noch unfinanzierbar. Allein für die Finanzierung der zusätzlichen AHV-Renten müssten wir in Zukunft zwei bis drei Millionen neue Arbeitsplätze schaffen. Ein Ding der Unmöglichkeit im sich abzeich-

nenden Digitalzeitalter! Eine 10-Millionen-Schweiz wird aber auch viel mehr Energie konsumieren. Woher diese beschafft werden soll, steht heute in den Sternen. Auch unsere Gesellschaft ändert sich dramatisch. Eine Integration ist kaum mehr möglich. Spannungen zwischen Zuwanderern und Einheimischen nehmen zu. In den Schulen wird es aufgrund der heterogenen Zusammensetzung der Schüler immer schwieriger Lernziele zu erreichen. Statt eine Einheit der Bevölkerung zu bilden, verzetteln wir uns immer mehr in verschiedene Volksgruppen, die wohl hier leben, aber kaum mehr etwas miteinander zu tun haben.

Wie reagiert die Politik auf diese Entwicklungen? Man gründet eine Klimaallianz (was das auch immer heissen mag) und versucht von sich abzeichnenden Problemen mit der masslosen Zuwanderung abzulenken. Die Grossindustrie verdankt ihr diese Haltung, weil sie kurzfristig dank der Zuwanderung mehr Gewinne einheimsen kann.

Es ist an der Zeit, dass das Schweizer Volk aufwacht und seine Zukunft selbst in die Hand nimmt. Es ist fünf vor zwölf – das Rahmenabkommen mit der EU, mit dem wir uns der EU definitiv unterwerfen, steht kurz vor der Umsetzung. Damit hätte das Masslose Ihr Ziel erreicht: die endgültige Zerstörung des Erfolgsmodells Schweiz, das auf Selbstbestimmung, Bescheidenheit und Freiheit aufbaut.

Christoffel Brändli ist alt Regierungsrat und alt Ständerat. Er wohnt in Landquart (GR).

Der Umwelt zuliebe – Zuwanderung begrenzen

Das Resultat der ungesteuerten Massen-Zuwanderung: In den letzten 13 Jahren wanderte eine Million Menschen in die Schweiz ein. Ein Bevölkerungszuwachs, der unserer Umwelt, unserem Klima direkt schadet. Denn die Konsequenzen für unser Land durch diese masslose Zuwanderung sind gravierend: In den letzten 13 Jahren wurden Grünflächen im Umfang von 57'000 Fussballfeldern bebaut. Das sind 407 Millionen Quadratmeter Natur, die zubetoniert wurden. Dies unter an-

derem für 454'000 neue Wohnungen. Eine Million Zuwanderer bedeutet aber auch 543'000 Autos und 789 Busse mehr auf den Strassen sowie 9 Milliarden zusätzlich zurückgelegte Kilometer. Mit einer Million Zuwanderer verbraucht die Schweiz mindestens 2 Milliarden Kilowattstunden mehr Strom pro Jahr. Dies entspricht der Leistung von über 500 Gross-Windanlagen. Und schliesslich verbraucht eine Million Zuwanderer jährlich 59 Milliarden Liter Wasser.

Schweiz nicht weiter zubetonieren!



Fragen

– zu den Wahlunterlagen?
– zu den Wahlen?

Kostenlose kompetente Auskunft!

Ab dem 13. September bis am 20. Oktober können Sie sich kostenlos über die National- und Ständeratswahlen 2019 informieren. Wie wählt man richtig? Wie kann man seine Stimme zugunsten der Schweiz am besten geltend machen?

Wir sind von Montag bis Sonntag von 09.00 bis 18.00 Uhr für Sie da.



Gratis-Wahlhotline:

0800 0 1291 0

Mail:

wahlen@svp.ch



In einer dunklen Kammer...



...kurz nach 21.00 Uhr trifft sich die Speerspitze der wählerstärksten Partei der Schweiz. Die wohl verrückteste Zeit im politischen Leben nimmt damit wieder ihren Anfang ...
Schauen Sie «Wahlkampf – Der Film» auf:

www.wahlkampfderfilm.ch



Grosses Wahl-Quiz Mitmachen und gewinnen!

www.svp.ch/wettbewerb



1 Was bedeutet das geplante EU-Rahmenabkommen für die Schweiz?

- ☐ Einverleibung der EU in die Schweiz = FA
- ☐ Unterwerfung der Schweiz durch die EU = SV



2 Wie viele Einwanderer sind seit 2007 netto in die Schweiz gekommen?

- ☐ rund 100'000 = KE
- ☐ rund 1'000'000 = PW



3 Wen können Sie gratis anrufen, wenn Sie Fragen zum Ausfüllen Ihrer Wahlunterlagen haben?

- ☐ Mike Shiva = NE
- ☐ SVP-Gratis-Wahlhotline = AE



4 Wie lautet der Wahlspruch der SVP für die eidgenössischen Wahlen am 20. Oktober?

- ☐ «Freibier auf sicher» = W
- ☐ «Frei und sicher» = H



5 Auf wie viel Prozent würde die MwSt. in der Schweiz (aktuell 7,7 %) bei einem EU-Beitritt steigen?

- ☐ Auf mindestens 10 % = S
- ☐ Auf mindestens 15 % = LE



6 Wer hat's gesagt? «Dieses Abkommen wäre das Ende, nicht die 'Fortsetzung' des bilateralen Weges?»

- ☐ Thomas Matter, SVP-Nationalrat = N
- ☐ Christa Markwalder, FDP-Nationalrätin = !

Machen Sie beim Wettbewerb online mit:
www.svp.ch/wettbewerb

Die richtige Lösung lautet:

1 2 3 4 5 6

Kreuzen Sie die richtigen Antworten an, schreiben Sie die Buchstaben in der Reihenfolge der Fragen auf und schicken Sie die Lösung ein. Einsendeschluss: 20. Oktober 2019

1. – 5. Preis: Persönliche Einladung von alt Bundesrat Christoph Blocher zu sich nach Hause. Er führt Sie und eine Begleitperson Ihrer Wahl exklusiv durch seine private Bildersammlung der Künstler Anker und Hodler.

Die Gewinner werden Ende Oktober 2019 schriftlich benachrichtigt. Über den Wettbewerb wird keine Korrespondenz geführt. Eine Barauszahlung ist nicht möglich. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Frei und sicher. So soll unsere Schweiz bleiben. Ich helfe mit!

- ☐ Ich möchte Mitglied der SVP in meinem Wohnort bzw. Bezirk / Region werden. Ich zahle einen jährlichen Mitgliederbeitrag und werde zu den Versammlungen und Veranstaltungen eingeladen.
 - ☐ Ich wäre gerne informiert über die laufenden Aktivitäten, Medienmitteilungen und Artikel der SVP Schweiz. Bitte senden Sie mir ab sofort den Gratis-Newsletter an die untenstehende E-Mail-Adresse.
 - ☐ Bitte senden Sie mir kostenlos das Parteiprogramm der SVP Schweiz zu.
 - ☐ Ich bin bereit, mein Land, meine Scheune, meine Hausmauer für die Plakate der **SVP-Nationalratswahl-Kampagne** zur Verfügung zu stellen.
- Bitte schicken Sie mir:
- _____ A0-Allwetter-Plakate (fest) (A0 = 84,1 cm x 118,9 cm)
- _____ A2-Papier-Plakate (A2 = 42 cm x 59,4 cm)
- ☐ Ich unterstütze die **SVP-Nationalratswahl-Kampagne** (Spenden können in begrenztem Umfang von den Kantons- und Bundessteuern abgezogen werden):
 - ☐ Ich spende _____ Franken auf das **PC 30-8828-5** der SVP Schweiz.
 - ☐ Bitte senden Sie mir einen **Einzahlungsschein** der SVP Schweiz.
 - ☐ Ich willige ein, dass Sie meine Adresse für Werbung der SVP benutzen dürfen.
 - ☐ Ich möchte Mitglied des überparteilichen Komitees «Nein zum schleichenden EU-Beitritt» werden (Artikel dazu auf Seite 5).

Name/Vorname _____

Strasse _____

PLZ/Ort _____

Telefon _____

E-Mail _____

Unterschrift _____

Ausschneiden und in einem Couvert senden an:
SVP Schweiz, Generalsekretariat, Postfach, 3001 Bern
E-Mail: info@svp.ch, Telefon: 031 300 58 58, Fax: 031 300 58 59

www.svp.ch





Hannes Germann in den Ständerat

Er gilt als dossierfest, glaubwürdig, konsensorientiert und ist im Bundesparlament parteiübergreifend hervorragend vernetzt. Kein Wunder, belegt unser Ständerat Hannes Germann im Parlamentarierrating beider Räte einen Platz in den Top-Ten, im KMU-Rating sogar auf dem Podest.



« Ich bin voll motiviert und kann mit meiner Erfahrung und Vernetzung viel Positives für Schaffhausen bewirken. »

Hannes Germann, Ständerat

Frage: Welches waren Ihre Highlights und Enttäuschungen der vergangenen Legislatur?

Zu den Highlights gehört sicherlich, dass wir bei der Unternehmensbesteuerung einen Durchbruch erzielen konnten. Auch wenn die STAF wegen der unglücklichen Verknüpfung der Steuervorlage mit der AHV mit einem Makel behaftet war. Am Ende zählt das Ergebnis: Die Schweiz ist nun international wieder konkurrenzfähig – und hat bessere Voraussetzungen im globalen Wettbewerb. Wir haben damit Rechtssicherheit geschaffen, den Forschungsstandort gestärkt und Arbeitsplätze gesichert. Gerade für den exportorientierten Kanton Schaffhausen ist das ein grosser Erfolg. Über Enttäuschungen rede ich nicht. Bedauerlich ist aber, dass es das Parlament nicht geschafft hat, die Masseneinwanderungsinitiative griffig umzusetzen – und stattdessen eine teure Meldebürokratie installiert hat.

Frage: Sie gehören zu den langjährigsten nationalen Politikern, und stellen sich erneut dem Wahlvolk. Werden Sie nach einer erfolgreichen Wiederwahl die Legislatur beenden?

Natürlich. Ich bin voll motiviert und kann mit meiner Erfahrung und Vernetzung viel Positives für Schaffhausen bewirken.

Frage: Als Aussenstehender hat man das Gefühl, dass die Klimadebatte alles überstrahlt. Wie gehen Sie mit diesem Thema persönlich um?

Wir müssen allen wirklichen Problemen ins Auge sehen und dazu gehören auch die klimatischen Veränderungen. In der Schweiz haben wir allerdings bezüglich Luft- und Wasserqualität, aber auch in anderen Umweltbereichen schon sehr viel mehr erreicht als andere Länder. Aber es gibt noch viel zu tun.

Nun gilt es, gemeinsam mit Forschung, Entwicklung und Wirtschaft technisch clevere Lösungen zu finden und umzusetzen. Nicht einfach nur die Schweizer Bevölkerung abzocken, sondern die Zielsetzungen gemäss Pariser Abkommen gemeinsam vernünftig zu erfüllen.

Frage: Spannungsfeld SVP – nicht immer decken sich die persönlichen Ausrichtungen mit den nationalen Vorgaben. Erhalten Sie auch mal Schelte oder ist das Daily Business?

Das gehört zu meiner Rolle als Ständerat. Ich bin 2015 vom Schaffhauser Souverän mit dem höchsten je erreichten Resultat im Amt bestätigt worden. Ich bin einzig dem Schaffhauser Volk verpflichtet – und niemandem sonst. Mit einem derartigen Rückhalt in der Bevölkerung lässt sich Kritik der Partei locker wegstecken. Das gehört dazu.

Frage: Welchen Stellenwert hat der Kanton Schaffhausen in Ihrer persönlichen Arbeit im Parlament? Springen Sie auch mal über den politischen Schatten um sich für ein kantonales Thema einzusetzen?

Das ist der Auftrag der Schaffhauser Bevölkerung an mich. Und der hat für mich absolute Priorität.

Frage: Wie haben Sie sich persönlich für den Kanton in Bern starkgemacht; Beispiele?

Eines der Highlights war sicher der Erhalt des Zollamtes Barmen und von mehreren Dutzend damit verbundenen Arbeitsplätzen. Es war ein Musterbeispiel der Zusammenarbeit mit der Bevölkerung von Barmen und der deutschen Nachbarschaft, der vor Ort Angestellten, den Logistikunternehmen (Spedlogswiss), dem Gewerbeverband, der Regierung sowie der Gewerkschaft Garanto.

Dank vereinten Kräften und meinen

Beziehungen zu Finanzminister Ueli Maurer hat es super geklappt. Ein Erfolg war sicher auch mein Einsatz für den Erhalt der bewährten Krankenkassen-Prämienregionen, die der Bundesrat abschaffen wollte. Das wäre den Schaffhauser Prämienzahler teuer zu stehen gekommen.

Frage: Welches sind Ihre persönlichen Zielsetzungen für die nächste Legislatur?

Der Kampf gegen das demokratiefeindliche Rahmenabkommen, das uns die EU aufzwingen will, ist sicher zentral. Zudem ist die Sicherung der Renten (AHV, IV, berufliche Vorsorge) eine riesige Herausforderung. In der Umwelt- und Energiepolitik setze ich mich für Lösungen ein, die Mehrwert in unserer Region generieren. Stichwort: Einheimische erneuerbare Energie pushen statt Importe in fast dreistelliger Milliardenhöhe (Öl, Gas, Kohlestrom usw.). Statt auf Abzocke der einfachen Bürger setze ich auf massvolle und wirtschaftsverträgliche Lösungen. Schliesslich soll Schaffhausen bei der Bahn endlich einen echten Halbstundentakt nach Zürich erhalten. Gelöst werden müssen auch die Verkehrsprobleme nach Zürich: Stichworte: Umfahrung Eglisau, Beseitigung des Engnisses Hardwald/Seglinger Kreisel zwischen Eglisau und Bülach sowie der längst überfällige weitere Ausbau der A4 nach Winterthur.

Frage: Stichwort Bundesrat – Ja, ich will oder auf keinen Fall?

Kein Thema.

Frage: Jedes Jahr steigen die KK-Prämien an. Was ist aus Ihrer Sicht die Ursache?

Es gibt ganz viele – auch erfreuliche. So zum Beispiel, dass die Medizin wie auch die Pflege immer besser werden. Das kostet und das sind wir allen, auch der älteren Bevölkerung, schuldig. Dann gibt es nach wie vor viele Fehlansätze im Krankenkassensystem und bei der Wahl der Kasse. Hier gilt es, ebenso wie bei den Medikamenten, den Hebel anzusetzen.

Frage: Was hat das Lobbying im Bundeshaus für einen Einfluss auf die KK-Prämien?

Es bringt uns nicht weiter, über den Lobbyismus zu klagen, den es von al-

len Seiten gibt. Wir Politiker müssen stattdessen endlich Nägel mit Köpfen machen statt immer nur zu jammern.

Frage: Wird die Pharma-Industrie zu Recht an den Pranger gestellt in Bezug auf die Prämienlast?

Ja und Nein. Wir haben in der Schweiz erfolgreiche Unternehmen im Pharmabereich.

Sie setzen jene Preise durch, die wir respektiv unser Markt zulässt. Und schliesslich machen die Medikamentenkosten nur einen kleinen Teil am gesamten Gesundheitskuchen aus.

Frage: Verhältnis zu Europa – Inwiefern sind Sie da auf Parteilinie und wo grenzen Sie sich ab?

Der Erhalt und Ausbau der bilateralen Verträge ist für mich zentral.

Gerade wir im Grenzkanton Schaffhausen haben ein grosses Interesse daran, dass Handel und Wirtschaft über die Grenze reibungslos funktionieren.

Es ist primär das Freizügigkeitsabkommen, das wir korrigieren müssten – mit einer Klausel, wie sie sogar das EWR-Land Liechtenstein hat. Oder mit einer dauerhaften Ventilklausel, die auch im Interesse einiger EU-Staaten sein könnte.

Frage: Thema Armee – hat sich die Stimmung im Parlament mit der neuen Bundesrätin an der Spitze verändert?

Nein.

Frage: Kampfjet 2.0; Wie erleben Sie diesen Beschaffungsprozess als Ständerat?

Es mischen sich zu viele ein, die zu wenig von Strategie, Operationen und

Taktik verstehen. Und schon gar nichts von Technik.

Frage: Es werden Rezessionsängste an den globalen Märkten prophezeit. Ist die Schweiz gerüstet, und wie beurteilen Sie die Lage aus Bundesbern?

Die Schweiz ist wirtschaftlich stabil und international ausgezeichnet positioniert.

Den Folgen einer weltweiten Rezession kann sich indes niemand ganz entziehen. Doch wollen wir sie nicht herbeireden.

Frage: Wie beurteilen Sie die Haltung der Nationalbank in Bezug auf die Frankenstärke?

Negativzinsen sind etwas Negatives – und letztlich schädlich für uns alle. Ich verstehe zwar, dass die Nationalbank alles tut, um die Schweizer Exportwirtschaft zu stützen. Immerhin verdienen wir jeden zweiten Franken im Ausland. Auf der anderen Seite werden damit letztlich die Sparer und künftigen Rentner auf kaltem Weg enteignet.

Zudem warnt die Nationalbank vor einer Überhitzung des Immobilienmarktes. Indem institutionelle Anleger inzwischen sogar Geld bekommen, wenn sie eine Hypothek aufnehmen, heizt die SNB mit ihrer Negativzinspolitik diesen verhängnisvollen Trend leider noch an.

Frage: Stichwort KMU – unser Wirtschaftsmotor schlechthin. Was tun Sie für die Anliegen der KMU?

Ich setze mich vor allem für die dringend notwendige administrative Entlastung der KMU ein. In einem von einer unabhängigen Stelle erhobenen KMU-Rating belege ich Platz zwei von den 46 Ständeräten. Das allein spricht wohl für sich.

Inhalt

Ständerat	
Seite 1	Hannes Germann
Nationalrat	
Seite 2	Thomas Hurter
	Ihre Wahlleitung
Seite 3	Josef Würms, Agro/KMU
	Michael Kahler, JSVP
	Hansueli Graf, Agro/KMU
Seite 4	Michael Mundt

Thomas Hurter in den Nationalrat

Mit Thomas Hurter (56) stellt sich ein national bekannter Politiker erneut zur Wahl in den Nationalrat. Er zählt in Bern zu den profiliertesten Sicherheitspolitikern der Schweiz.



«Ich freue mich, dass die Auswertungen des schweizerischen Gewerbeverbandes ergeben haben, dass ich im Nationalrat zu denjenigen Mitgliedern gehöre, die sich immer sehr für die Anliegen der KMU eingesetzt haben.»

Thomas Hurter, Nationalrat

Frage: Welches sind Ihre persönlichen Zielsetzungen für die nächste Legislatur?

Unsere Schweiz ist eines der innovativsten und erfolgreichsten Länder der Welt. Sicherheit, Stabilität und Arbeitsplätze sowie eine vernünftige Mobilität sind gute Voraussetzungen dafür. Als Mitglied der Sicherheitspolitischen Kommission und der Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen habe ich mich in diesen Bereichen stark engagiert. Weiter geht es darum, unsere hervorragenden Sozialsysteme (AHV, IV, berufliche Vorsorge) auch in der Zukunft finanzieren zu können. Klima- und Umwelthanliegen müssen so umgesetzt werden, dass sie wirksam sind und von der Bevölkerung und der Wirtschaft getragen werden können.

Frage: Wie beurteilen Sie die vergangene Legislatur?

In den letzten vier Jahren ist es gelungen, die Schweiz auf ihrem erfolgreichen Kurs zu halten. Dies nicht zuletzt aufgrund einer knappen bürgerlichen Mehrheit im Parlament.

Allerdings müssen wir aufpassen, dass wir uns nicht selber zu stark einschränken und wir damit die Wettbewerbsfähigkeit verlieren.

Frage: Wie haben Sie sich persönlich für den Kanton in Bern starkgemacht; Beispiele?

Ich habe mich vor allem in den Bereichen Sicherheit, Arbeitsplätze und Verkehr eingesetzt.

Sicherheit: kein weiterer Abbau bei der Armee und entsprechende Finanzierung über vier Jahre mittels einem Rahmenkredit; Ausbau des Grenzwachtkorps.

Arbeitsplätze: Vorstoss Forschung- und Entwicklungstätigkeit sollten steuerlich abzugsfähig sein. Wurde in der STAF aufgenommen. Unterstützung der KMU und Anliegen der Grenzgebiete. Auf Schweizer Botschaften und Schweizer Anlässen im Ausland Schweizer Weine. Weiterhin Schweizer Arbeits- und Steuerrecht auf dem Flughafen Basel. Glasfasernetzausbau in Schaffhausen. Beibehaltung der Unterstützung von Lokalradios bei der Gesetzesrevision von Radio und Fernsehen.

Verkehr: Bahnverkehr: Ausbau Schaffhausen–Basel; Halbstundentakt nach Zürich. Strassenverkehr: Doppelspurausbau über Winterthur und Verbesserung der Strecke via Eglisau. Kleinere Losaufteilung beim Galgenbuckeltunnel, so dass auch lokale Unternehmen dabei sein können. Aufnahme 2. Röhre Fäsenstaub in die Planung.

Frage: Es werden Rezessionsängste an den globalen Märkten prophezeit. Ist die Schweiz gerüstet, und wie beurteilen Sie die Lage aus Bundesbern?

Ich denke, wir sind sehr gut gerüstet, da bei uns die Innovation, Arbeitsplätze, Sicherheit und Stabilität einen hohen Stellenwert haben. Wir müssen aber aufpassen, dass wir uns selber nicht zu stark regulieren, wir nicht an Innovationskraft verlieren und dadurch Arbeitsplätze ins Ausland verschoben werden. Rahmenbedingungen und Gesetze dürfen nicht so verändert werden, dass wir einen Standortnachteil bekommen oder wir Massnahmen beschliessen, die wir nicht mehr finanzieren können.

Steuern und Abgaben sind so zu gestalten, dass Investitionen weiterhin möglich sind. Ein ausgeglichener Staatshaushalt ist anzustreben. Steigende Einnahmen sollen nicht einfach mit steigenden Ausgaben aufgebraucht werden. Wir müssen unseren hohen Bildungsstandard sichern und Leistungen einfordern. Das duale Bildungssystem muss weiterhin aufrecht erhalten werden.

Frage: Stichwort KMU – Unser Wirtschaftsmotor schlechthin. Was tun Sie für die Anliegen der KMU's?

Gemäss der Auswertung des Schweizerischen Gewerbeverbandes bin ich im Nationalrat eines der Mitglieder, das sich immer sehr für die Anliegen der KMU's eingesetzt hat. Ich werde mich auch weiterhin dafür einsetzen.

Gerade als Grenzkanton müssen wir noch zusätzliche Herausforderungen meistern. Deshalb ist es essentiell, dass wir gemeinsam mit anderen betroffenen Kantonen Lösungen suchen.

Ich setze mich dafür ein, dass der schweizerische Arbeitsmarkt flexibel bleibt. Der Arbeitsplatz darf nicht mit noch mehr Auflagen und Sozialabgaben verteuert werden. Grenznahe Betriebe und unser lokales Gewerbe sollten möglichst konkurrenzfähige Bedingungen erhalten.

Frage: Stichwort Verkehr: Wie soll unsere Mobilität in Zukunft aussehen?

Eine möglichst hohe Kostentransparenz (Bahn und Strasse) muss angestrebt werden. Bei steigender Mobilitätsnachfrage müssen Kosten und Nutzen klar erkennbar sein. Es soll ein hoher Mobilitätsmix und keine einseitige Bevorzugung einer bestimmten Antriebsart angestrebt werden. Ich vertrete eine technologieneutrale Verkehrspolitik. Für kleinere Distanzen, beispielsweise in den Städten, könnten kleinere Fahrzeuge, vielleicht sogar mit nur zwei Sitzplätzen und alternativem Antrieb zum Einsatz kommen. Für längere Distanzen wären es grössere, komfortablere Benzin-, Diesel- oder Hybridfahrzeuge. Zukünftig vielleicht auch solche, die mit Wasserstoff oder Brennstoffzellen angetrieben werden. Sicher ist eines: die Mobilität wird sich in der Zukunft sehr verändern. Nur ein Mobilitäts- und Antriebsmix sowie

eine Veränderung unseres Verkehrsverhaltens wird zukunftsfähig sein.

Frage: Stichwort E-Mobilität – wird elektrisch die Zukunft sein?

Die Forschungsanstalt EMPA hat eine Studie im Juli 2019 präsentiert. Diese hat brisante Erkenntnisse zu Tage gefördert: Wenn wir für den Klimaschutz in grossem Umfang auf Elektroautos und Wärmepumpen setzen, droht der Schweiz, grösstenteils in den Wintermonaten, der Strom auszugehen.

Denn vor allem in der kalten Jahreszeit, in der am meisten Strom benötigt wird, besteht die Gefahr eines massiven Stromdefizits, laut der Studie bis zu 22 Terawattstunden jährlich (entspricht in etwa der Stromproduktion aller Schweizer Kernkraftwerke).

Diese Zahlen der EMPA-Studie basieren auf der Annahme, dass 20% der gefahrenen Kilometer mit Elektroautos zurückgelegt und 75% unserer Häuser mit Wärmepumpen beheizt würden, wodurch unser Strombedarf um fast 25% wachsen würde. Um dieses riesige Defizit ausgleichen zu können, müssten wir zusätzlichen Strom aus dem benachbarten Ausland importieren.

Dabei handelt es sich notabene um Strom, der zu einem wesentlichen Teil aus Kohlekraftwerken stammt. Daher ist es wichtig, dass wir einen Mobilitätsmix anstreben und die E-Mobilität nicht als alleinige Heilsbringerin sehen.

Frage: Thema Armee – hat sich die Stimmung im Parlament mit der neuen Bundesrätin an der Spitze verändert?

Grundsätzlich ist zu sagen, dass eine Mehrheit im aktuellen Parlament die Sicherheit, die auch durch die Armee gewährleistet wird, unterstützt. Ohne eine Mehrheit im Parlament wird es für jede Bundesrätin oder Bundesrat schwierig. Die Stimmung hat sich nicht verändert.

Frage: Erneuerung der Luftwaffe: Wie sind Sie in die Beschaffung eingebunden?

Als Mitglied der sicherheitspolitischen Kommission werden wir dieses Geschäft im kommenden Jahr behandeln. Als einziger Militär- und Linienpilot ist es klar, dass meine Mitarbeit gefragt sein wird. Schlussendlich geht es aber einfach darum, die Armee weiterhin so mit Material so auszurüsten, dass sie ihren Auftrag erfüllen kann. Dazu gehört auch der Schutz der Menschen vor Gefahren aus der Luft.

Frage: Welchen Stellenwert hat der Kanton Schaffhausen in Ihrer persönlichen Arbeit im Parlament? Springen Sie auch mal über den politischen Schatten um sich für ein kantonales Thema einzusetzen?

Auch wenn ich im Nationalrat bin, liegen mir kantonale Anliegen besonders am Herzen. Ich setzte mich für die Anliegen unserer lokalen Bevölkerung ein.

Frage: Spannungsfeld SVP – nicht immer decken sich die persönlichen Ausrichtungen mit den nationalen Vorgaben. Erhalten Sie auch mal Schelte oder ist das Daily Business?

In jeder Partei gibt es ab und zu Diskussionen. Das gehört dazu. Wichtig

ist aber, dass man sich innerhalb der Partei zum richtigen Zeitpunkt einbringt. Dann wird auch eine andere Meinung akzeptiert.

Frage: Verhältnis zu Europa – Rahmenvertrag.

Obschon Rahmenverträge den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Austausch vereinfachen, ist der Rahmenvertrag in der aktuellen Fassung nicht mehrheitsfähig. Bevor nicht die Frage des Schiedsgerichtes, die Frage der staatlichen Beihilfen und die Unionsbürgerschaft genügend geklärt sind, kann man diesen Vertrag so nicht unterstützen.

Die Schweiz hat sich bis heute vorbildlich in Europa verhalten und ist kein «Rosinenpickerland». So wurde zum Beispiel einerseits die NEAT mit Schweizer Steuergeldern gebaut, damit die «Flachbahn» durch Europa umgesetzt werden kann, der Bahnausbau entlang der Grenze oder in Grenznähe vorangetrieben (z.B. Klettgau), ein Staatsvertrag für den Flughafen Zürich ausgearbeitet, eine gute und für das Ausland günstige Strasseninfrastruktur aufgebaut.

Andererseits sind unsere Nachbarländer mit den versprochenen Gegenleistungen noch massiv im Verzug, respektive diese werden nicht geleistet. Der bilaterale Weg der Schweiz soll weiterhin verfolgt werden.

Frage: Thema Landwirtschaft

Unsere qualitativ hochstehende und leistungsfähige Landwirtschaft soll möglichst nachhaltig produzieren können. Unternehmerische Freiheiten müssen erhalten bleiben. Eine möglichst hohe eigene Versorgungssicherheit sollte angestrebt werden.

Wir sollten uns dafür einsetzen, dass die von uns produzierten Produkte auch gekauft werden.

Frage: Als Aussenstehender hat man das Gefühl, dass die Klimadebatte alles überstrahlt. Wie gehen Sie mit diesem Thema persönlich um?

Selbstverständlich ein ernst zu nehmendes Thema. Allerdings fehlt oft eine Gesamtbetrachtung und einzelne Bereiche werden schlecht geredet, da

Zusammenhänge nicht erkannt werden. Eine möglichst steuerungsfreie Technologieentwicklung, Eigenverantwortung und internationale Koordination müssen angestrebt werden. Es darf nicht vergessen werden, dass die Schweiz in der Umsetzung von Umweltmassnahmen führend ist.

Klimamassnahmen müssen finanziert werden können und sollten auch einen Einfluss haben. Wo Abgaben erhoben werden, sollten sie nicht wettbewerbsverzerrend sein und für die Umsetzung klimaförderlicher Projekte eingesetzt werden.

Wir dürfen aber in der ganzen Diskussion nicht vergessen, dass wir noch andere wichtige Herausforderungen haben.

Frage: Jedes Jahr steigen die KK-Prämien an. Was ist aus Ihrer Sicht die Ursache?

Eine zunehmend älter werdende Bevölkerung sowie eine Verbesserung der medizinischen Versorgung sind die Hauptgründe.

Trotzdem müssen wir uns dafür einsetzen, dass die KK-Prämien von der Mehrheit der Bevölkerung selber bezahlt werden können. Eine verstärkte Eigenverantwortung, der Abbau von Doppelspurigkeiten sowie ein vernünftiger Ausbau der KK-Leistungen sind verstärkt anzustreben.

Frage: Wie beurteilen Sie die Haltung der Nationalbank in Bezug auf die Frankenstärke?

Einerseits versucht die Nationalbank die Schweiz weiterhin konkurrenzfähig zu halten, andererseits bringen die ständigen Zinsreduktionen neue Gefahren. Wir müssen aufpassen, dass unsere Bevölkerung damit nicht immer mehr um ihr Ersparnis gebracht wird und die Bilanz immer stärker aufgeblasen wird.

Die rekordverdächtig tiefen Zinsen sowie die Anlagepolitik der institutionellen Anleger setzen den Immobilienmarkt unter Druck. Wir müssen aufpassen, dass es nicht zu einer Immobilienkrise kommt.

Daher ist es wichtig, dass die Anliegen der Exportwirtschaft und die Anliegen der Bevölkerung nicht aus dem Lot fallen.

So wählen Sie richtig



1. Stimmcouvert öffnen und Unterlagen entnehmen.



2. Nationalrats-Wahlzettel SVP Liste 1 abtrennen.



3. Wahlzettel SVP Liste 1 ins kleine Couvert legen.



4. Ständeratsliste mit Hannes Germann ausfüllen.



5. Ständeratsliste auch ins kleine Couvert legen.



6. Stimmrechtsausweis unterschreiben.



7. Kleines Couvert und Stimmrechtsausweis zusammen ins grosse Couvert legen.



8. Couvert auf die Post oder Gemeinde bringen.



Interview mit den Nationalratskandidaten Josef Würms SVP/KMU und Michael Kahler JSVP

Josef Würms (61), Obstbauer aus Ramsen und Hansueli Graf (57), Landwirt aus Oberhallau bilden zusammen die Liste 17 SVP Agro/KMU. Zusammen mit Michael Kahler (25) von der Liste 11 Junge SVP Schaffhausen beantworten sie unsere Fragen zu ihren politischen Standpunkten.



Wählen Sie Liste 17 für Josef Würms in den Nationalrat der Liste SVP Agro/KMU.

Frage: Nationalrat – Welches Thema der letzten Legislatur fällt Ihnen dazu ein? Positiv und negativ.

Würms: Raumplanung, Denkmalpflege, Krankenkassen, alles negativ.

Kahler: Der Rahmenvertrag und die Zusammenarbeit mit der EU und die Abstimmung über das neue Waffenrecht. Die Unternehmenssteuerreform sowie die Abstimmung zur AHV.

Die ganze Ökologiedebatte zusammen mit der Diskussion über die Klimaerwärmung.

Frage: Welche Themen der nationalen Politik sind Ihre Stärken und was sind die Kernanliegen in Bern?

Würms: Raumplanung, Finanzen, Bau, Gemeinden.

Kahler: Meine Stärken liegen im Bereich der Infrastruktur, des Verkehrs

und Transports sowie der Landwirtschaft und der Umweltfragen.

Meine Kernanliegen sind: Sicherheit stärken (für eine moderne, zeitgerechte und zielorientierte Armee), nachhaltige Land- und Forstwirtschaft ermöglichen (Naturschutz mit landwirtschaftlichen Nutzungsansprüchen abgleichen), Demokratie stärken (Demokratie muss bereits in der Volksschule erlernt und erlebt werden). Innovationsförderung: die Schweiz als Innovationsstandort ausbauen, damit aktuelle und zukünftige Probleme innovativ gelöst werden können. Gesundheitskosten senken (Krankenkassenprämien, da das System mit den Prämienverbilligungen schon bald an seine Grenzen stossen wird) sowie die AHV nachhaltig stärken.

Frage: Im Fall einer Wahl – Welches wären die Konsequenzen in Ihrem Umfeld, um die Arbeitslast zu bewältigen?

Würms: Mal schauen, habe verschiedene Möglichkeiten.

Kahler: In meinem Fall würde das be-

« Meine Stärken liegen im Bereich der Infrastruktur, des Verkehrs und Transports sowie der Landwirtschaft und der Umweltfragen. »

Michael Kahler, Nationalratskandidat

deuten, dass ich als Vorstandsmitglied des DSJ (Dachverband Schweizer Jungparlamente) zurücktreten müsste und ich müsste mein Vollzeitstudium (Bachelor Städte, Verkehrs- und Raumplanung), geplanter Abschluss 2021, in ein Teilzeitstudium umwandeln.

Frage: Die Ökobewegung scheint alle anderen Probleme in den Hintergrund zu rücken. Wie ist Ihr Verhältnis zur Klimadebatte?

« Wir haben grössere Probleme in der Schweiz als das Klimadebake! Sollen die doch auf ihre unbegrenzte Mobilität verzichten. »

Josef Würms, Nationalratskandidat

Würms: Wir haben grössere Probleme in der Schweiz als das Klimadebake! Sollen die doch auf ihre unbegrenzte Mobilität verzichten.

Kahler: Meiner Meinung nach stehen in der Klimadebatte die falschen Forderungen im Vordergrund. Anstatt mit Verboten muss die Bevölkerung mit Fakten aufgeklärt werden. Es ist jedem klar, dass wir in dieser Form nicht weitermachen können und dass wir so bald wie möglich aus den Fossilbrennstoffen aussteigen müssen, nur schon wegen der Versorgungssicherheit. Dies mit Verboten und neuen Steuern (CO₂-Steuer, höhere Benzinsteuer etc.) erreichen zu wollen, ist der falsche Weg und trifft die falschen Leute, namentlich den Mittelstand. Vielmehr müssen wir innovativ sein, uns an die wissenschaftlichen Fakten halten und nicht in ideologische Hysterie verfallen.

Mir ist es wichtig, dass auf die Selbstverantwortung der mündigen Bürger gesetzt wird und nicht auf staatliche Verbote oder Gebühren.

Frage: Landwirtschaftsthemen werden zunehmend in Zusammenhang mit Ökologiefragen gebracht. Hat die Landwirtschaft das Thema verschlafen?

Würms: Nein, nur nicht gut verkauft.

Frage: Europa – Ein Erfolgsmodell oder schon auf dem Sterbebett?

Würms: Das Sterbebett ist schon nahe.

Kahler: Europa muss vereinter auftreten, um den Grossmächten (USA, Russland, China) entgegenhalten zu können. Dafür muss sich auch die Schweiz für ein starkes Europa einsetzen, denn nur wenn wir in Europa stabile und sichere Verhältnisse vorfinden, können wir als Nation erfolgreich und souverän bleiben. Der Europäischen Union kommt hierbei eine grosse Rolle zu.

Die EU muss sich grundlegend verändern, wenn sie überdauern will, fort von Zentralisation hin zu mehr Demokratie, mehr Eigenverantwortung und vor allem hin zu mehr Innovation und Solidarität innerhalb der EU (Unterschiede in den Lebensstandards innerhalb der Währungsunion, Schuldenkrise, politische Unruhen, Migrationspolitik).

Krankenkasse

Frage: Immer steigende Krankenkassenprämien – Welches sind die Problemfelder aus Ihrer Sicht?

Würms: Uns geht es in unserer Gesellschaft zu gut, wir müssen ja nicht mehr um etwas Lebensnotwendiges kämpfen.

Kahler: Als massgebende Faktoren sehe ich folgende Kostentreiber

1. Fehlende Eigenverantwortung bei den Versicherten (fehlendes medizinisches Allgemeinwissen, ungesunde Lebensweise)
2. Horrende Medikamentenpreise in Zusammenhang mit Managerlöhnen und Gewinnsteigerung im Pharmabereich
3. Überalterung der Gesellschaft
4. Überangebot an gedeckten Leistungen in der Grundversicherung

Frage: Was ist das Erfolgsrezept des Modells Schweiz aus Ihrer Sicht?

Würms: Stabilität.

Kahler: Die Schweiz ist so innovativ wie kein anderes Land, was ja auch regelmässig durch Studien belegt wird. Der gesellschaftliche Zusammenhalt funktioniert gut, das Bildungssystem ist stabil. Gerade das Bildungssystem mit der Berufslehre spielt eine tragende Rolle im heutigen Erfolgsmodell. Deshalb muss diese auch gestärkt werden.

Ein weiterer wichtiger Faktor ist die direkte Demokratie und das Vertrauen in die staatlichen Behörden, welche durch die stabilen föderalistischen Strukturen der Schweiz getragen werden.

Frage: Wie beurteilen Sie die Haltung der Nationalbank im Bezug auf die Frankenstärke?

Würms: Bravo.

Kahler: Die Haltung der Nationalbank gegenüber der Frankenstärke ist meiner Meinung nach die Richtige. Erneut einen Frankenmindestkurs erzwingen zu wollen, erachte ich als kontraproduktiv. Ein starker Franken ist gerade für den Exportsektor ungünstig, aber es ist kein neues Phänomen und muss mit Innovation behoben werden.

Letztendlich ist die SNB ein wichtiger, aber ein zu kleiner Akteur und hat nicht die gleichen Ressourcen wie die grossen Notenbanken, deshalb sollte die SNB mit ihren Ressourcen sorgsam umgehen.

Frage: Stichwort KMU – unser Wirtschaftsmotor schlechthin. Was tun Sie für die Anliegen der KMU?

Würms: Bürokratie reduzieren.

Kahler: Ich werde mich für die Innovationsförderung im KMU-Bereich stark machen und mich für eine faire Wettbewerbsregelung gegenüber der EU stark machen. Zudem möchte ich auf Bundesebene gesetzliche Hürden abbauen, wo dies möglich ist. Sowie die Berufslehre und somit den Nachwuchs für KMU stärken und attraktiver machen.

Hansueli Graf in den Nationalrat



Wählen Sie Liste 17 für Hansueli Graf in den Nationalrat der Liste SVP Agro/KMU.

Frage: Landwirtschaftsthemen werden zunehmend in Zusammenhang mit Ökologiefragen gebracht. Hat die Landwirtschaft das Thema verschlafen?

Die Landwirtschaft hat nichts verschlafen. Wir können uns gar nicht so

schnell anpassen, wie die Ideen der Umweltaktivisten geboren werden... Wenn nun gezielt mit alten Messungen populistisch agiert wird und die Grenzwerte um das Hundertfache verkleinert werden, ist das reine Willkür! Die Schweizer Landwirtschaft wird so an die Wand gestellt.



Wählen Sie Liste 11 für Michael Kahler in den Nationalrat der Liste Junge SVP.



Michael Mundt in den Nationalrat

Michael Mundt (34) aus Schaffhausen stellt sich für die Wahl in den Nationalrat zur Verfügung. Der Präsident der Jungen SVP Schaffhausen stellt sich unseren Fragen zu seinen möglichen Zielen in Bern.



«Ich werde mich besonders stark für einen attraktiven Standort Schweiz einsetzen.»

Michael Mundt, Nationalratskandidat

Frage: Nationalrat – welches Thema der letzten Legislatur fällt Ihnen dazu ein? Positiv und negativ.

Positiv ist sicher zu werten, dass nach der Ablehnung der Unternehmenssteuerreform III in der vergangenen Legislatur mit der STAF eine Lösung für die steuertechnischen Probleme gefunden und für alle in der Schweiz ansässigen Unternehmen Rechtssicherheit geschaffen wurde. Negativ ist zu werten, dass National- und Ständerat in meiner Wahrnehmung in den letzten Jahren politisch weiter auseinander gedriftet sind und so die politische Lösungsfindung schwieriger wurde.

Frage: Welche Themen der nationalen Politik sind Ihre Stärken und was sind die Kernanliegen in Bern?

Ich werde mich besonders stark für einen attraktiven Standort Schweiz einsetzen. Dazu gehören unter anderem tiefe Steuern für Unternehmen und Bürger, möglichst wenig Bürokratie und Hindernisse für KMU und Gewerbetreibende und die Möglichkeit, sich frei verwirklichen zu können.

Aber auch Anliegen der jüngeren Generation beschäftigen mich: Werden wir auch in 40 Jahren noch eine sichere Rente haben? Für solche Generationenanliegen möchte ich mich ebenfalls einsetzen.

Frage: Im Fall einer Wahl – Welches wären die Konsequenzen in Ihrem Umfeld, um die Arbeitslast zu bewältigen?

Selbstverständlich müsste ich mein aktuelles Arbeitspensum um etwa die Hälfte reduzieren, um mir auch die nötige Zeit für das Amt nehmen zu können. Vollzeitpolitiker möchte ich nicht werden, da ich nach wie vor an die Vorteile des Milizsystems glaube und von diesen überzeugt bin.

Frage: Die Ökobewegung scheint alle anderen Probleme in den Hintergrund zu rücken. Wie ist Ihr Verhältnis zur Klimadebatte?

Ich verschliese mich ihr nicht. Ich bin aber klar der Meinung, dass Lenkungsabgaben und Gebühren der falsche Anreiz sind, um unser Verhalten zu ändern – dies wird nämlich nicht gelingen, da kaum jemand nur dem Klima zuliebe auf das Auto oder die

Ferien verzichten wird. Viel sinnvoller ist es, Technologien konsequent weiter zu entwickeln, neue Ansätze zu entwickeln und so den Ausstoss von Schadstoffen auf Dauer zu reduzieren. Die Gleichung ist zudem ganz einfach: Rechnet sich ökologisches Verhalten auch wirtschaftlich, wird sich dem niemand mehr in den Weg stellen. Beispiel: Die neuen E-Busse in der Stadt Schaffhausen.

Frage: Landwirtschaftsthemen werden zunehmend in Zusammenhang mit Ökologiefragen gebracht. Hat die Landwirtschaft das Thema verschlafen?

Ich denke nicht. Wer wollte, hat schon früh auf das Thema Bio und Ökologie gesetzt. Bis anhin war die Nachfrage am Markt für solche Produkte geringer als herkömmlich produzierte Lebensmittel. Die heutigen gesetzlichen Vorgaben in der Landwirtschaft sind ausreichend, so dass jeder Landwirt selbst entscheiden kann, wie und was er produzieren möchte. Vielleicht bringt der aktuelle Trend den einen oder anderen Bauern dazu, seine aktuelle Methode zu überdenken und auf einen anderen Anbau umzusteigen.

Frage: Europa – Ein Erfolgsmodell oder schon auf dem Sterbebett?

Vielleicht noch nicht auf dem Sterbebett, aber ganz klar mit hohem Fieber. Der Trend geht glücklicherweise weg vom Brüsseler Verwaltungswahnsinn. Grossbritannien hat dies gemerkt und ist nun auf dem Weg raus aus der EU. Ich bin überzeugt, dass mittelfristig

andere Staaten folgen werden – nämlich alle, welche sich die Dominanz von Deutschland und Frankreich in fast allen Belangen nicht mehr bieten lassen wollen und wieder vermehrt auf ihre Eigenständigkeit schauen.

Frage: Immer steigende Krankenkassenprämien – Welches sind die Problemfelder aus Ihrer Sicht?

Falsche Anreize im Gesundheitswesen und die Pharmafirmen. Aus meiner Sicht werden viel zu viel unnötige Untersuchungen, beispielsweise Röntgenaufnahmen, gemacht, auch wenn diese teils gar nicht nötig wären. Auch ein falsches Verständnis von einer tiefen Franchise kann zu steigenden Kosten für alle führen. Die Krankenkassenprämie darf kein Gesundheitskosten-GA werden. Um die Kosten in den Griff zu bekommen, könnten eine Fallpauschale oder höhere Mindestfranchisen helfen.

Frage: Was ist das Erfolgsrezept des Modells Schweiz aus Ihrer Sicht?

Wir müssen unbedingt unabhängig bleiben und selbst über uns bestimmen können. Auf keinen Fall dürfen wir unser Schicksal in fremde Hände legen.

Als rohstoffarmes Land müssen wir uns auf das konzentrieren, was uns gross gemacht hat: Industrie und Dienstleistungen auf höchstem Niveau. Dazu benötigen wir ein Top-Bildungssystem und herausragende Schulen, um den langfristigen Nachwuchs sicherzustellen. Ebenso dürfen wir uns neuen Technologien nicht

verschliessen und müssen manchmal auch mutig vorangehen.

Frage: Wie beurteilen Sie die Haltung der Nationalbank im Bezug auf die Frankenstärke?

Sehr kritisch. Durch die grossen Interventionen am Devisenmarkt hat uns die Nationalbank de facto abhängig gemacht vom Euro. Klar hat ein schwächerer Franken Vorteile für die exportierende Industrie, wenn dadurch aber langfristig mehr Schaden als kurzfristig Nutzen generiert wird, muss das Verhalten der Nationalbank thematisiert werden dürfen. Wir müssen aufpassen, dass uns die Nationalbank nicht plötzlich durch die Hintertür in den Euro zwingt. Der Vorteil einer freien, eigenen Währung ist offensichtlich, wenn man sich die Probleme in Griechenland und teils auch Italien und der ganzen weiteren Euro-Zone anschaut.

Frage: Stichwort KMU – Unser Wirtschaftsmotor schlechthin. Was tun Sie für die Anliegen der KMU?

Die KMU sind der Motor unserer Wirtschaft. Damit dies auch so bleibt, braucht es weniger Vorschriften, mehr unternehmerische Freiheiten und ein angenehmes fiskalpolitisches Klima. Ist diese Grundlage gesichert, dürfen wir uns den Herausforderungen der Zukunft, wie beispielsweise der Digitalisierung, nicht verschliessen und müssen diesen offen und innovativ entgegentreten. Nur so können wir auch in Zukunft erfolgreich sein.

Haben Sie Fragen zu den Wahlen?

Gratis-Hotline: 0800 0 1291 0 oder per Mail: wahlen@svp.ch

